

Nordrhein-Westfalen

Kurzportrait			
Größe:	34 079 km ²		
Landesregierung:	1990–1995: SPD · 1995–2000: SPD/Bündnis 90/Grüne · 2000–2005: SPD/Bündnis 90/Grüne · 2005–2010: CDU/FDP		
	1998	2001	2004
Einwohner:	17,974 Mio.	18,010 Mio.	18,080 Mio.
Einwohnerdichte:	527 je km ²	528 je km ²	531 je km ²
Registrierte Arbeitslosigkeit:	11,7 Prozent	9,6 Prozent	11,2 Prozent
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit:	12,8 Prozent	10,7 Prozent	12,0 Prozent
BIP-pro-Kopf:	24 000 Euro	25 400 Euro	26 600 Euro
Wirtschaftswachstum:	1,4 Prozent	0,3 Prozent	1,4 Prozent

Platzierung im Ranking 2005



Die Ergebnisse im Überblick

- Nordrhein-Westfalens Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) ist im aktuellen Beobachtungszeitraum mit durchschnittlich 11,7 Prozent die höchste aller westdeutschen Flächenländer. Die großen strukturellen Probleme des Ruhrgebiets tragen hierzu maßgeblich bei. So weisen einzelne Städte im Revier eine offiziell registrierte Arbeitslosenquote von knapp unter 20 Prozent auf.
- Auch finanziell wirken sich die Probleme im Ruhrgebiet negativ auf die Entwicklung des Landes aus. Die Kohle-subsidien des Landes belaufen sich auf etwa eine halbe Milliarde Euro jährlich. Im laufenden Jahr sollen über 10 Prozent des Haushaltsvolumens über Schulden finanziert werden. Nur in Berlin sowie den ehemaligen Haushaltsnotlagenländern Bremen und Saarland ist das Missverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen noch eklatanter. Einsparpotenziale bieten neben den Subventionszahlungen die hohen Personalkosten. Im Jahr 2002 war die Personalausgabenquote in keinem Land höher als in Nordrhein-Westfalen.
- Erfreulich ist der geringste Anteil der Schulabsolventen, die nicht einmal einen Hauptschulabschluss erreichen. Ebenfalls Spitze unter den Bundesländern ist die hohe Anzahl an Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife. Um neben den formalen Abschlüssen auch die Qualität der Bildung zu erhöhen, wird das Land zentrale Abschlussprüfungen einführen.

Die Ergebnisse im Einzelnen

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2002–2004	Veränderung
Erfolgs- index	Platz 8 (5,77)	Platz 9 (5,52)	↓ -1
Zielgrößenbereiche			
Einkommen	Platz 8 (4,80)	Platz 11 (4,33)	↓ -3
Beschäftigung	Platz 7 (6,25)	Platz 8 (6,28)	↓ -1
Sicherheit	Platz 10 (7,77)	Platz 11 (7,28)	↓ -1

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2001–2003	Veränderung
Aktivitäts- index	Platz 5 (5,93)	Platz 6 (5,93)	↓ -1
Aktivitätsbereiche			
Einkommen	Platz 8 (5,84)	Platz 7 (5,98)	↑ +1
Beschäftigung	Platz 5 (6,16)	Platz 6 (6,03)	↓ -1
Sicherheit	Platz 10 (5,39)	Platz 10 (5,28)	↔ +/-0

Ausgangssituation

Es ist lange her, dass Nordrhein-Westfalen für wirtschaftliche Dynamik stand. In den Nachkriegsjahren galt das Land als Zentrum des deutschen Wirtschaftswunders. Anfang der 70er Jahre erwirtschaftete Nordrhein-Westfalen noch ein Drittel des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Dann begann der Abstieg. Gegenwärtig ist der Beitrag des Landes auf weniger als ein Viertel geschrumpft. Dieser Rückgang ist stark mit dem Niedergang der Montanindustrie im Ruhrgebiet verbunden.

Bereits im 14. Jahrhundert wurde an der Ruhr die damals noch offen zu Tage tretende Kohle abgebaut. Anfang des 19. Jahrhunderts führte die Industrialisierung zu einer kräftigen Steigerung der Nachfrage nach Kohle und Stahl. Das Ruhrgebiet wurde zum europäischen Schwerindustriezentrum. Auch heute noch prägt der »Kumpel unter Tage« das Bild des Landes. Doch anders als vor 50 Jahren wird damit nicht mehr Aufschwung und Wachstum verbunden, sondern stockender Strukturwandel und wirtschaftliche Stagnation.

Die Probleme begannen, als die Montanindustrie in den 60er Jahren im internationalen Wettbewerb nicht mehr konkurrenzfähig war. Innerhalb der letzten 30 Jahre sank die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche von 830 000 auf rund 130 000. Durch umfangreiche Subventionen wurde und wird der notwendige Strukturwandel jedoch verzögert. Noch heute arbeiten rund 35 000 Kohlekumpel im Revier, obwohl der Erzeugerpreis der einheimischen Kohle um ein Vielfaches über dem der Importkohle liegt.

Auch ein Blick auf die Arbeitslosenquote zeigt deutlich, dass neue wirtschaftliche Strukturen nur unzureichend an die Stelle der Montanindustrie getreten sind. Revierstädte wie Gelsenkirchen, Herne und Gladbeck weisen offiziell ausgewiesene Arbeitslosenquoten von fast 20 Prozent auf und errei-

Strukturwandel im Ruhrgebiet bremst Entwicklung

Hohe Arbeitslosenquote im Revier

chen damit teilweise das Niveau Ostdeutschlands. Seit mehreren Jahren zählt ein Teil des Ruhrgebiets aufgrund der Strukturprobleme zu den *Ziel 2 Förderregionen* und hat damit Anspruch auf EU-Fördermittel. In der aktuellen Förderphase (2000–2006) erhält das Land insgesamt 1,8 Mrd. Euro.

Platzverlust im
Erfolgsindex

Einst Wachstumsmotor Deutschlands, verhindert das Ruhrgebiet nun, dass Nordrhein-Westfalen Anschluss an die Entwicklung der übrigen westdeutschen Bundesländer halten kann. Im Erfolgsindex verliert das Land seinen 8. Platz an Schleswig-Holstein und fällt auf den 9. Rang zurück. Der Punktwert reduziert sich im aktuellen Beobachtungszeitraum (2002–2004) um 0,25 Punkte und liegt mit nun 5,52 Punkten nur unwesentlich vor dem schwächsten westdeutschen Bundesland Niedersachsen (5,51 Punkte). Auch im Aktivitätsindex verschlechtert sich das bevölkerungsreichste Bundesland um einen Rang. Mit 5,93 Punkten erreicht es den 6. Platz.

Einkommen

Ausgeprägte
Wachstumsschwäche

Im Zielgrößenbereich »Einkommen« verschlechtert sich Nordrhein-Westfalen deutlich von 4,80 auf 4,33 Punkte. Im Bundesländervergleich fällt es hier um drei Plätze zurück und erreicht nur noch den 11. Rang. Nordrhein-Westfalen belegt damit in diesem Zielgrößenbereich nicht nur den letzten Platz unter den westdeutschen Bundesländern, sondern muss mit Sachsen auch noch ein neues Bundesland passieren lassen.

Die starke Verschlechterung im Bereich »Einkommen« ist im Wesentlichen auf die ausgeprägte Wachstumsschwäche Nordrhein-Westfalens zurückzuführen. Beim Wirtschaftswachstum erreicht das Land lediglich den 13. Rang. Nur in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin entwickelt sich die wirtschaftliche Dynamik im aktuellen Beobachtungszeitraum (2002–2004) noch ungünstiger. Immerhin zeigte sich – nach einer Rezession im Jahr 2003 – im vergangenen Jahr eine leichte Belebung der Wirtschaft.

BIP pro Kopf
nur Durchschnitt

Beim Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner erreicht Nordrhein-Westfalen mit durchschnittlich 25 900 Euro wie in der Vorperiode den 6. Rang, fällt damit jedoch erstmals bis auf den Bundesdurchschnitt zurück. Als Hinweis auf das insgesamt schwindende wirtschaftliche Potenzial des Landes zwischen Rhein und Weser mag auch dienen, dass Nordrhein-Westfalen kaum noch als Geberland im Rahmen des horizontalen Länderfinanzausgleichs in Erscheinung tritt.

Rheinschiene
entwickelt sich gut

Nicht überall in Nordrhein-Westfalen ist die Situation so problematisch wie im Ruhrgebiet. Insbesondere die Entwicklung entlang der Rheinschiene ist positiv zu beurteilen. In Städten wie Düsseldorf, Bonn und Köln hat sich ein florierender Dienstleistungssektor entwickelt. Zahlreiche Unternehmen der Logistik sowie der Kredit- und Versicherungswirtschaft finden sich dort.

So ist Köln nach München der zweitgrößte deutsche Versicherungsstandort. Mit rund 80 000 Beschäftigten in der Versicherungswirtschaft ist Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich Spitze.

Auch die seit Anfang der 90er Jahre vom Land geförderte Medien- und Kommunikationsbranche hat sich zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt. In Köln ist eines der größten deutschen Mediencluster entstanden. Zahlreiche Fernseh- und Hörfunksender unterschiedlichster Sparten sind mittlerweile in der Rheinmetropole beheimatet. Neben dem WDR, der größten Senderanstalt im ARD-Verbund, sowie RTL, dem umsatzstärksten privaten Fernsehsender, haben noch zahlreiche weitere Fernsehsender ihren Hauptsitz in Köln. Der Initiative des Landes ist es ebenfalls zu verdanken, dass in der Domstadt ein großer Teil der deutschen Gameshows, Soaps und Comedies produziert wird. Gleichzeitig hat sich eine auf die Bedürfnisse dieses Wirtschaftszweiges spezialisierte Bildungsinfrastruktur entwickelt. Beispiele hierfür sind die Kunsthochschule für Medien, die Cologne Business School sowie die Medienakademie Köln.

Florierende
Medienbranche

Die umsatzstärkste Branche des Landes ist jedoch nach wie vor die chemische Industrie. Sie beschäftigt in 430 Unternehmen 130 000 Arbeitnehmer und erwirtschaftet einen Umsatz von deutlich mehr als 40 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von über 30 Prozent am gesamten Umsatz dieses Wirtschaftszweiges in Deutschland. Weitere Schwerpunkte des verarbeitenden Gewerbes bilden der Maschinenbau, die Metallerzeugung, das Ernährungsgewerbe sowie die Elektrotechnik. Hervorzuheben ist auch die Rolle von Stromwirtschaft und Straßenfahrzeugbau. Problematisch ist die verhältnismäßig niedrige Investitionsquote der Industrie (nur 3,67 Punkte).

Schwerpunkt:
chemische Industrie

Dass es um die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft nicht zum Besten steht, zeigt die hohe Insolvenzquote (6,86 Punkte bei einem bundesdeutschen Wert von 7,80 Punkten). Auch die niedrige Selbstständigenquote (4,33 Punkte) weist auf Schwächen der Wirtschaftsstruktur hin. Ausgehend von einer niedrigen Basis – mittelständische Strukturen spielten in den schwerindustriellen Betrieben der frühen Industrialisierung nur eine geringe Rolle – verschlechterte sich Nordrhein-Westfalen beim Wirkungsfaktor »Selbstständigenquote« zuletzt viermal in Folge. Um diesem Trend entgegenzuwirken, unterstützt das Land seit mehreren Jahren Existenzgründer im Rahmen der Gründungs-Offensive *Go!*. Diese wird neuerdings um einen »Masterplan Selbstständigkeit« ergänzt. Ziel ist es hierbei, bürokratische Hürden für junge Unternehmen abzubauen sowie die Eigenkapitalbasis von mittelständischen Betrieben zu stärken. Für die Umsetzung des Masterplans stellte das Land im vergangenen Jahr rund 40 Millionen Euro bereit.

Geringe
Selbstständigenquote

Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dauerhaft zu verbessern, widmet das Land dem Bürokratieabbau besondere Aufmerksamkeit. So soll bei allen künftigen Gesetzentwürfen dem Landtag eine Befristung vorge-

Bürokratieabbau wird
vorangetrieben

schlagen werden. Auch der geplante Ausbau des E-Government dient der Schaffung unternehmensfreundlicher Verwaltungsabläufe. Gerade mittelständische Betriebe tun sich häufig schwer damit, bürokratische Hürden zu überwinden, sodass die eingeleiteten Schritte die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für sie verbessern.

Verkehrsinfrastruktur
ausbauen

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen des Landes zu stützen, sollte der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf der politischen Agenda weiter oben angesiedelt sein. Beim Wirkungsfaktor »Verkehrsinfrastruktur« verschlechtert sich das Land zum vierten Mal in Folge und erreicht nur noch minimal überdurchschnittliche 3,19 Punkte. Angesichts der vielen Ballungszentren und der höchsten PKW-Dichte aller Flächenländer (ca. 280 PKW/km²) stößt die Verkehrsinfrastruktur häufig an ihre Grenzen. Prognosen sagen dem Transitland Nordrhein-Westfalen einen Zuwachs des Güterverkehrs um 60 Prozent voraus. Verkehrsstaus nähmen dann weiter zu. Vor diesem Hintergrund ist die Landesregierung gut beraten, die Erreichbarkeit zu verbessern und sich um einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu bemühen.

Ländlichen Raum nicht
vernachlässigen

Auch für die Entwicklungsperspektiven ländlicher Gegenden ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur wichtig. Ländliche Räume dürfen verkehrstechnisch nicht vernachlässigt werden. Ein negatives Beispiel ist die immer wieder blockierte Fertigstellung der A33 in Ostwestfalen. Gerade das Beispiel Siegburg zeigt, wie wichtig eine gute Infrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region ist. Von der Fertigstellung der ICE-Strecke Köln – Frankfurt Ende 2002 und dem damit verbundenen Halt am Bahnhof Siegburg/Bonn gingen deutliche Wachstumsimpulse auf diese Region aus. Positiv entwickelte sich auch der Flughafen Köln/Bonn. Aufgrund einer konsequenten Ausrichtung auf Low-Cost-Flüge ist es gelungen, innerhalb von zwei Jahren die Passagierzahlen um 55 Prozent zu steigern.

Viele Hochschulen,
wenig Innovation

Obwohl in Nordrhein-Westfalen 55 Hochschulen und mehr als 63 Technologie- und Gründerzentren bestehen, lässt die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt zu wünschen übrig. Dies signalisieren eine geringe Zahl an Patentanmeldungen allgemein (nur unterdurchschnittliche 5,08 Punkte) und an Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich (nur 3,42 Punkte). Um hier eine Verbesserung zu erzielen, sollte die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft stärker angeregt werden. Auch die unterdurchschnittlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (nur 3,32 Punkte) erscheinen angesichts der relativen Innovationsschwäche problematisch.

Vorreiter bei Bachelor-
und Masterabschlüssen

Um die Qualität der Hochschulen zu verbessern, hat das Land im Jahr 1999 einen sogenannten Qualitätspakt mit den Hochschulen geschlossen. Dieser verpflichtet die Universitäten zu Reformen. Im Gegenzug sagte die Landesregierung zu, auf weitere Etatkürzungen zu verzichten. Beim Wirkungsfaktor »Ausgaben für Hochschulen« verbessert sich das Land entsprechend auf 9,45 Punkte und liegt damit bundesweit an 4. Stelle. Vor zwei Jah-

ren wurde der Hochschulpakt um das »Hochschulkonzept NRW 2010« erweitert. Ziel ist es dabei, zukunftsfähige Strukturen und Qualitätssicherungsmaßnahmen zu implementieren, mehr finanzielle Leistungsanreize zu setzen sowie die Profilbildung der Hochschulen zu stärken. Die RWTH Aachen beispielsweise wird einen Schwerpunkt beim Maschinenbau setzen. Eine Vorreiterrolle nimmt Nordrhein-Westfalen bei der Einführung der internationalen Studienabschlüsse Bachelor und Master ein. Ab 2006 werden die Studierenden diese Abschlüsse an allen Hochschulen des Landes erwerben können.

Beschäftigung

Im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« kann Nordrhein-Westfalen seinen Punktwert gegenüber der Vorperiode leicht auf 6,28 Punkte steigern, fällt damit allerdings hinter Rheinland-Pfalz auf den 8. Platz zurück. Von den westdeutschen Bundesländern schneiden nur Niedersachsen und Schleswig-Holstein schlechter ab. Dies hängt vor allem mit dem schlechten Wert bei der Zielgröße »Arbeitslosigkeit« zusammen.

Die Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) ist im aktuellen Beobachtungszeitraum 2002–2004 mit durchschnittlich 11,7 Prozent die höchste aller westdeutschen Flächenländer. Hierfür ist unter anderem der wenig erfolgreiche Strukturwandel im Ruhrgebiet verantwortlich. Arbeitslosenquoten von knapp unter 20 Prozent in Teilen des Reviers stehen solch deutlich unter 10 Prozent in anderen Gebieten Nordrhein-Westfalens gegenüber.

Die Erwerbstätigenquote als zweite Zielgröße des Bereichs »Beschäftigung« erhöhte sich verglichen mit dem vorherigen Beobachtungszeitraum minimal um 0,4 auf 69,2 Prozent. Damit belegt Nordrhein-Westfalen bei der Erwerbstätigkeit weiterhin den 7. Rang. Unter den westdeutschen Bundesländern weisen lediglich Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein niedrigere Werte auf. Der leichte Anstieg ist unter anderem auf die positive Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Dienstleistungssektor zurückzuführen.

Das hohe Gewicht der Großunternehmen wirkt sich negativ auf die Beschäftigungssituation in Nordrhein-Westfalen aus, da gerade diese Unternehmen in den letzten Jahren vermehrt Stellen eingespart haben. Umso dringlicher ist es, für mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen wie niedrige bürokratische Hürden zu sorgen.

Für die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes ist die zunehmende Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit problematisch. Nordrhein-Westfalen verschlechtert sich bei diesem Wirkungsfaktor um 1,30 Punkte. Mit 5,17 Punkten schneidet das Land hier jedoch noch immer leicht überdurchschnittlich ab. Längere Verfahrensdauern erhöhen implizit den Kündigungs-

Höchste Arbeitslosigkeit
der westdeutschen
Flächenländer

Verfahrensdauer der
Arbeitsgerichtsbarkeit
steigt

schutz und hindern somit Unternehmen daran, flexibel auf konjunkturelle Schwankungen zu reagieren. Betriebe werden dann nur zögerlicher Erwerbspersonen einstellen. Möglichkeiten, die Arbeitslosenquote zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern, werden so vertan.

Zu wenig
Ausbildungsplätze

Die mäßige Situation am Ausbildungsstellenmarkt erschwert es jungen Menschen, Qualifikationen zu erwerben und sich günstige Beschäftigungschancen zu erarbeiten. Bei der Ausbildungsstellenrelation liegt Nordrhein-Westfalen mit 7,20 Punkten knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 7,27 Punkten. Die Entwicklung der letzten Jahre stimmt bedenklich. Wurde im Jahr 2001 rein statistisch noch nahezu jedem Ausbildungssuchenden ein Ausbildungsplatz angeboten, so sank die Ausbildungsstellenrelation bis 2003 auf 0,97 ab.

Hohe Verschuldung
gefährdet
Handlungsfähigkeit

Die Handlungsfähigkeit der Landesregierung, die Zukunftschancen des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen und damit auch die Beschäftigungsmöglichkeiten sind durch die rasch anwachsende Verschuldung des Landes gefährdet. Die Verbindlichkeiten des Landes belaufen sich mittlerweile auf über 110 Mrd. Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt damit bei über 6000 Euro. Auch die Zinssteuerquote drückt die zunehmende Schiefelage des Landeshaushaltes aus. Im Jahr 2003 mussten bereits 13,8 Prozent der Steuereinnahmen für Zinszahlungen aufgewandt werden. In Bayern lag dieser Wert im selben Jahr bei lediglich 4,1 Prozent. Entsprechend verfügt der Freistaat über wesentlich mehr Handlungsspielraum, den er beispielsweise für umfangreichere Investitionen in die Zukunft nutzt, als Nordrhein-Westfalen sie sich leisten kann. Bei der Zinslastquote, die ausdrückt, welchen Anteil des Landeshaushaltes die Zinszahlungen aufbrauchen, erreicht Nordrhein-Westfalen nur unterdurchschnittliche 3,51 Punkte.

Sparmaßnahmen
wurden vollzogen, ...

Angesichts der kritischen Finanzlage war die rot-grüne Landesregierung gezwungen, das größte Sparpaket in der Geschichte Nordrhein-Westfalens zu schnüren. So sah der Doppelhaushalt für die Jahre 2004 und 2005 Kürzungen in Höhe von insgesamt etwa fünf Mrd. Euro vor. Sparmaßnahmen treffen die Beamten, die statt 38,5 nun 41 Stunden wöchentlich arbeiten müssen, kein Urlaubsgeld mehr erhalten und mit weniger Weihnachtsgeld auskommen müssen. Auch die Zuwendungen an soziale Einrichtungen wurden verringert. Hiervon betroffen sind beispielsweise Caritas, Arbeiterwohlfahrt sowie Kinder- und Jugend-Hilfsorganisationen. Bei Wirtschaftsförderungs-, Existenzgründer- und Forschungsprogrammen wurde ebenfalls gekürzt.

... reichen aber
nicht aus

Die vorgenommenen Einsparungen reichen aber bei weitem nicht aus. Im vergangenen Jahr überschritt die Neuverschuldung mit 6,9 Milliarden Euro die Investition als die verfassungsmäßige Regelobergrenze für neue Kredite gleich um 3,2 Milliarden Euro. Für das aktuelle Jahr ist eine Neuverschuldung in Höhe von 5,2 Milliarden Euro geplant. Dies entspricht 10,7 Prozent des Haushaltesvolumens. Nur in Bremen, Berlin und dem Saarland wird ein größerer Anteil des Haushalts durch Schulden finanziert. Rating-

Agenturen stuften angesichts dieser Zahlen und der hohen Schuldenlast die Kreditwürdigkeit des Landes zurück. Aus ihrer Sicht läuft Nordrhein-Westfalen eher Gefahr, zahlungsunfähig zu werden, als beispielsweise Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen.

Fragwürdig erscheinen die hohen Subventionszahlungen für den Steinkohlebergbau, die das Land mit seinen Bürgern jährlich etwa eine halbe Milliarde Euro kosten. Durch die Reduzierung der Fördermenge sowie die Schließung des Bergwerks Walsum in Duisburg im Jahr 2009 werden die Kohlebeihilfen in Nordrhein-Westfalen künftig sinken, jedoch lediglich um durchschnittlich 24 Millionen Euro pro Jahr. Diese Subventionen behindern nicht nur den Strukturwandel im Ruhrgebiet, sie gefährden auch den finanziellen Handlungsspielraum des Landes und tragen damit dazu bei, dass an anderer Stelle nicht die Voraussetzungen für florierende wirtschaftliche Strukturen geschaffen werden können. Das Saarland hat es geschafft, die Subventionszahlungen für den Bergbau zurückzufahren. Auch Nordrhein-Westfalen sollte sich in Verhandlungen mit der Bundesregierung und der Deutschen Steinkohle AG darum bemühen, die einmal getroffene Vereinbarung den Bedürfnissen eines rascheren Strukturwandels anzupassen. Das Land sollte seine Subventionszahlungen an den Bergbau möglichst rasch einstellen können.

Subventionen belasten
Landeshaushalt

Neben den Erhaltungssubventionen an den Kohlebergbau bieten auch die Personalausgaben Einsparpotenziale. Im Jahr 2002 war die Personalausgabenquote mit 41,7 Prozent die höchste aller Bundesländer, im gesamten Beobachtungszeitraum liegen die Personalkosten mit an der Spitze der Länder. Trotz der milliardenschweren Einsparungen durch die verlängerten Arbeitszeiten besteht hier weiterer Handlungsbedarf.

Einsparpotenziale bei
Personalausgaben

Zu prüfen ist, ob nicht auch Nordrhein-Westfalen dadurch Personalkosten einsparen kann, dass es die Gliederung des Landes in Regierungsbezirke reformiert. Immerhin möchte Niedersachsen hierdurch 6750 Stellen einsparen. Für Nordrhein-Westfalen mit einer mehr als doppelt so hohen Bevölkerungszahl ist es wohl weniger praktikabel, die Bezirksregierungen wie Niedersachsen gleich ganz abzuschaffen. Immerhin spricht aber einiges dafür, die Regierungsbezirke neu zuzuschneiden und ihre Zahl gleichzeitig zu verringern. Hierdurch könnte auch der Missstand korrigiert werden, dass sich das Ruhrgebiet auf drei Regierungsbezirke verteilt.

Verwaltungsgliederung
überdenken

Sicherheit

Im Zielgrößenbereich »Sicherheit« verschlechtert sich Nordrhein-Westfalen um 0,49 auf 7,28 Punkte. Es verliert damit einen Rang und belegt nun vor Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sowie den Stadtstaaten den 11. Platz. Die schwierige Arbeitsmarktlage führt dazu, dass das Land einen

Viele
Sozialhilfeempfänger...

verhältnismäßig hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern aufweist. Dieser Anteil ist verglichen mit dem vorherigen Beobachtungszeitraum nochmals leicht auf 3,74 Prozent angestiegen. Als Achter liegt Nordrhein-Westfalen damit deutlich über dem gesamtdeutschen Schnitt von 3,38 Prozent. Bayern als bestes Bundesland weist im selben Zeitraum einen Sozialhilfeempfängeranteil von 1,80 Prozent auf.

... und viele
unaufgeklärte Straftaten

Auch bei der inneren Sicherheit verschlechtert sich das Land zwischen Rhein und Weser. Die Anzahl der nicht aufgeklärten Straftaten je hundert Einwohner stieg im aktuellen Beobachtungszeitraum auf 4,3. Im gesamtdeutschen Vergleich erreicht das Land damit nur noch den 11. Rang. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sowie die Stadtstaaten weisen eine höhere Kriminalitätsbelastung auf.

Großstädtisch geprägte
Sozialstrukturen

Das schlechte Abschneiden Nordrhein-Westfalens im Bereich »Sicherheit« kann angesichts der sozialen Strukturen nicht überraschen. Sowohl der große Bevölkerungsanteil der Großstädter als auch der geringe Anteil der Beschäftigten im Agrarsektor bieten ungünstige Ausgangsbedingungen für ein hohes Maß an Sicherheit.

Mäßiges Abschneiden
bei PISA und IGLU

Für die Möglichkeiten sozialer Mobilität, neben den sozialen Strukturen zweite wichtige Einflussgröße der Sicherheitslage, spielt das Qualifikationsniveau eine wichtige Rolle. Der Schulunterricht legt hierfür die Grundlagen. Vergleichsstudien stellen den nordrhein-westfälischen Schulen ein allenfalls mäßiges Zeugnis aus. Bei der internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) kann das Land bei den untersuchten Disziplinen »Lesen«, »Mathematik« und »Naturwissenschaften« immerhin zwar jeweils den internationalen Durchschnitt übertreffen. Verglichen mit den übrigen deutschen Bundesländern schneidet Nordrhein-Westfalen jedoch in sämtlichen drei Teilbereichen unterdurchschnittlich ab. Kann das durchschnittliche Leistungsniveau der Grundschüler insgesamt noch mit »befriedigend« eingestuft werden, erscheinen die durchschnittlichen Ergebnisse der weiterführenden Schulen »mangelhaft«. PISA bescheinigt den 15-jährigen Schülern bzw. Neuntklässlern gemessen am internationalen Niveau klar unterdurchschnittliche Leistungen, und zwar sowohl bei der Lesekompetenz als auch bei mathematischer sowie bei naturwissenschaftlicher Grundbildung. Unter den Bundesländern nimmt Nordrhein-Westfalen einen Platz im hinteren Mittelfeld ein.

Bildungsstandards,
Lernstandserhebungen,
zentrale Prüfungen

Nicht zuletzt deshalb bemüht sich das Land um ein aussagekräftiges Bild der Leistungsstärke seiner Schullandschaft. Bildungsstandards werden definiert, um Hinweise über das Leistungsvermögen zu erhalten. Lernstandserhebungen in den Klassen vier und neun dienen als Qualitätsnachweise. Auch die Einführung zentraler Prüfungen trägt dazu bei, Bildungsstandards zu etablieren und Leistungsvermögen von Schulen sowie Schülern transparent zu machen. Abiturienten müssen vom Sommer 2007 an in den schriftlichen Fächern landesweit einheitliche Prüfungsaufgaben lösen. Außerdem sollen zum Abschluss der zehnten Klasse die Schüler an Haupt- und

Realschulen, an Gymnasien und Gesamtschulen in Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache landesweit einheitliche Prüfungen ablegen. Gelingt es, die Defizite gegenüber einer festen Zielvorgabe herauszuarbeiten, so bildet dies eine gute Grundlage, um Schwächen anzugehen und so weit wie möglich zu beheben.

Engagiert bemüht sich das Land, Lehren aus PISA zu ziehen und diese entschlossen umzusetzen. Die offene Ganztags-Grundschule soll neben der Entlastung berufstätiger Eltern bessere Voraussetzungen für solche Kinder schaffen, die keine ausreichende familiäre Unterstützung erfahren. Bauliche Maßnahmen zur Einrichtung offener Ganztags-Grundschulen finanziert der Bund. Das Land zeigt sich bereit, anfallende Personalkosten mitzutragen. Wichtig ist, dass im Rahmen der bisher freiwilligen nachmittäglichen Betreuung zukünftig eine individuelle Förderung erfolgen kann, die an den jeweiligen Defiziten der einzelnen Kinder ansetzt. Da gerade Schüler mit schwierigem sozialem Hintergrund von einer nachmittäglichen Förderung profitieren, sollten für ihre Eltern Finanzierungsmodelle gefunden werden, die eine Entscheidung für die Betreuungsangebote erleichtern. Damit die schulischen Defizite schwacher Schüler tatsächlich abgebaut werden, könnten jeweils passende Förderangebote für bestimmte Schüler verpflichtend gemacht werden, abhängig von den individuellen Schwächen. Unverbindliche Lern- und Förderempfehlungen, wie sie Grundschulen in Nordrhein-Westfalen bereits aussprechen, stellen für viele Schüler und Eltern mit schwierigem sozialem Hintergrund keine ausreichende Motivation zur Wahrnehmung der Förderangebote dar.

Offene
Ganztags-Grundschulen
weiterentwickeln

Die ausgeweitete Sprachförderung vor der Einschulung bei Kindern mit Defiziten setzt an der Erkenntnis an, dass Schüler aus bildungsfernen Milieus bisher benachteiligt waren und schlechte schulische Leistungen zeigten. Auch die angestrebte, gezieltere pädagogische Arbeit im Kindergarten ist zu begrüßen. Staaten, die bei PISA gut abschneiden, legen einen größeren Wert auf spielerisches Lernen in frühen Kindheitsjahren. Davon profitieren solche Kinder besonders, die in ihrem familiären Umfeld wenig Anregungen erhalten.

Vorschulische
Maßnahmen

Die schwache »Schüler-je-Lehrer-Relation« (nur 1,19 Punkte) erschwert es, die wesentlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln. Die Schüler in Nordrhein-Westfalen erleben unverändert viele Unterrichtsausfälle, denn das Reservoir an Vertretungslehrern reicht bei weitem nicht aus. Überdies steigt in den kommenden Jahren mit der Umstellung auf ein Abitur nach zwölf Schuljahren die Zahl der zu erteilenden Unterrichtsstunden deutlich an. Die Landesregierung stellt zwar zusätzliche Lehrer ein. Im Interesse der Schüler und mit dem Ziel einer möglichst lückenlosen Unterrichtsversorgung sollte die Zahl der Lehrer jedoch über die bisherigen Planungen hinaus erhöht werden.

Lehrerbedarf

Ein mangelhafter formaler Schulabschluss steht in NRW vergleichsweise selten einer weiteren beruflichen Qualifizierung oder einem akademischen

Formales Qualifikations-
niveau ordentlich

Ausbildungsgang im Wege. Der Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss ist der geringste in Deutschland. Bei diesem Wirkungsfaktor erreicht das Land bereits zum dritten Mal in Folge die Höchstpunktzahl. Ebenfalls Spitze im bundesdeutschen Vergleich ist der hohe Anteil der Schulabsolventen, welche die Hochschul- oder die Fachhochschulreife erlangen. Bei diesem Wirkungsfaktor erreicht das Land erstmals zehn Punkte.

Einschätzung

Noch immer ist der Wirtschaftsraum Rhein-Ruhr das größte industrielle Ballungsgebiet Europas. Und noch immer haben 36 der 100 größten deutschen Unternehmen, darunter die führenden Energieversorger und Handelskonzerne, ihren Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen. Mit dem erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt von etwas weniger als 470 Milliarden Euro stünde das Land auf Platz sechs der wirtschaftlich stärksten Länder der Europäischen Union. Seit geraumer Zeit fällt das Land jedoch zurück und verliert im Standortwettbewerb an Boden.

Strukturwandel nicht
weiter behindern

Um wieder Anschluss an die erfolgreichen Bundesländer finden zu können, sind zahlreiche Probleme zu lösen. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet darf nicht mehr durch Erhaltungssubventionen gebremst, sondern muss entschlossen vorangetrieben werden. Hierbei sollte die Landesregierung auf die Kräfte des Marktes als Koordinationsmechanismus vertrauen und sich stärker als bisher mit Interventionen zurückhalten.

Neuverschuldung senken

Außerdem ist es notwendig, die hohe Neuverschuldung zu senken, um der Regierung Handlungsfähigkeit und dem Land eine Zukunftsperspektive zu erhalten. Neben den Subventionen bieten insbesondere die Personalausgaben Einsparpotenzial. Ziel muss es sein, mittelfristig ohne Neuverschuldung auszukommen. Solide Finanzen schaffen Vertrauen in die zukünftige Handlungsfähigkeit der Landesregierung und ermutigen Unternehmen, langfristige Investitionen zu tätigen, die dann mehr Wachstum und Beschäftigung bringen. Überdies sollten durch Haushaltsumschichtungen Freiräume geschaffen werden, um trotz der angespannten finanziellen Situation in Human- und Sachkapital investieren zu können. Gegenwärtig werden die Zukunftsperspektiven durch zu niedrige Ausgaben für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, für Forschung und Entwicklung sowie eine ungünstige »Schüler-je-Lehrer-Relation« beeinträchtigt.

Es bleibt zu hoffen, dass das Land die notwendigen Reformen schnell und konsequent angeht, damit Nordrhein-Westfalen möglichst bald wieder Anschluss an die erfolgreichen Länder findet. Das Potenzial, wieder zum wirtschaftlichen Zentrum Deutschlands zu werden, hat das Land.

